

ROTKIEFELCHEN

Jahrgang 44/2

JUSOS

KIEL

Februar 2016



**NEUES VON
BÜTTENREDNERN**



Viel Schnack - Alles platt!

Magazin für Politik und Hochschule

INHALT

Editorial.....	2
Profilierung auf Parteikosten	3
Verantwortung Fehlanzeige.....	4
What about your privacy?	5
...und jetzt kommt die Integration	6
Internationale Solidarität?	7
Noch ist Polen nicht verloren.....	8
Das Märchen vom roten Retter	9
Pro/Contra: Einsatz gegen den IS... 10/11	
Neue Abgeordnete für Kiel.....	12
Politik mit allen für alle!.....	13
Wir müssen reden!	14
Gelber Schein, muss nicht sein!.....	15
Glasnost.....	16

Anzeige



CLUB

BLEIBT

CLUB

★N°68★

www.club68.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

im sonst so beschaulichen Schleswig-Holstein schlugen politisch kurz vor Weihnachten einmal mehr die Wellen hoch, als im Landtag die Hochschulgesetznovelle verabschiedet wurde. Dabei offenbarte unter anderem auch der CDU-Fraktionschef Daniel Günther sein klischeebehaftetes Bild von Studentinnen und Studenten als er in seiner „Büttenrede“ zur Abschaffung der Anwesenheitspflicht zu Protokoll gab: „Ich kann ja einige Studenten verstehen, die dann zusammengesessen und gesagt haben: ‚Oh, jetzt müssen wir morgen wieder in ein Seminar, lasst uns lieber noch ein bisschen länger sitzen!‘“ Im Gegensatz zur CDU weiß das **Rotkielchen** um die wirklichen Probleme der Studierenden und widmet sich den Studienbedingungen an der Kieler FH (**Seite 15**) und dem heiklen Thema der Sucht im Studium (**Seite 14**).

Auch Günthers Parteikollege und designerter CDU-Spitzenkandidat Ingbert Liebing scheint im fiktiven „Büttenwarter“ weit entfernt von jeglichem Realitätsbezug zu leben: Ende des vergangenen Jahres forderte er, eine „Verabschiedungskultur“ zu etablieren, in der er Abschiebungen zu medialen Spektakeln inszenieren wollte. **Rotkielchen** befasst sich hingegen einmal mehr sachlich mit der Frage, wie der anhaltende Strom geflüchteter Menschen nach Europa zu bewältigen ist und stellt dar, welcher Schritte es konkret in Kiel jetzt bedarf (**Seite 6**). Eine wirkliche Lösung wird sich jedoch nur auf internationaler Ebene finden lassen: Ein großer Faktor für die Flucht vieler Menschen ist der im Nahen Osten wütende „IS“, der mit den Anschlägen von Paris den Terror

auch nach Europa getragen hat. Welche Strategie ist zur Bekämpfung des selbst ernannten Staates nötig und ist eine umfassende militärische Intervention nach den Erfahrungen aus Irak und Afghanistan eine ernsthafte Option? (**Pro/Contra auf Seite 10/11**)

Zudem begeben wir uns in diesen Tagen auf die Suche nach einer Stimme der gesamteuropäischen Sozialdemokratie (**Seite 7**) und beleuchten ganz konkret die politische Situation nach dem Rechtsruck in Polen (**Seite 8**) sowie die Verfasstheit der Labour Party in Großbritannien nach der Wahl des neuen Vorsitzenden Jeremy Corbyn (**Seite 9**). Doch schon die deutsche Sozialdemokratie erscheint nach dem Bundesparteitag im Dezember einmal mehr stark angeschlagen und läuft Gefahr, im Umfragetief in alt bekannte Selbsterfleischungsreflexe zu verfallen (**Seite 3**).

Umso mehr stellt sich die Frage, wie der Zuspruch für die sozialdemokratische Politik bei den Kielerinnen und Kieler erhalten werden kann. Dabei sind nicht nur hohe Anforderungen an die Persönlichkeiten zu stellen, die für die kommenden Wahlen aufgestellt werden (**Seite 12**), sondern auch neue Wege zu beschreiten, um allen Menschen die Mitarbeit in der SPD zu ermöglichen (**Seite 13**).

Wie immer wünschen wir Dir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns auf die ein oder andere Diskussion, die sich anschließt. Lob, Kritik und Anregung kannst Du uns gerne an rotkielchen@jusos-kiel.de schicken.

Eure Redaktion

ROTKIELCHEN

Magazin für Politik und Hochschule,
Februar 2016 - Jhg. 44/2

Herausgeber und Verleger:

Jusos im VPJ, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

Redaktion: Timm Wüstenberg (tw) (V.i.S.d.P.), Julian Wollmann (jw), Florian Kruse (fk), Anna-Lena Walczak (alw), Daniel Martinen (dpm), Max Dregelies (md), Gamze Özdemir (öz), Benjamin Raschke (br), Christoph Beeck (cbe), Michel Hansen (mh), Adrian Zellmann (az), Flint Wittenberg (fw), Philip Schüller (ps)

Layout: DIN oder SCHOEN,
Stuthagen 14, Molfsee
Telefon: 04347 - 7 30 40 24
www.DINoderSCHOEN.de



Kontakt

Rotkielchen:

Timm Wüstenberg, Tel.: 0431-88 70 295
timmm@jusos-kiel.de

Juso-Kreisgeschäftsführer:

Christoph Beeck, Tel.: 0151-64 42 09 57
christoph@jusos-kiel.de

Juso-Hochschulgruppe an der CAU:

Marius Sibbel
info@jusos.uni-kiel.de

Juso-Hochschulgruppe an der FH:

Philip Schüller,
philip@jusos-kiel.de

Juso-Landesverband:

Geschäftsstelle, 0431-90 60 653
www.jusos-sh.de

TERMINE UNTER: WWW.JUSOS-KIEL.DE

PROFILIERUNG AUF PARTEIKOSTEN

Oder: Was wollen die Jungsozialisten im Bund?

Nach dem überraschend schlechten Wahlergebnis von Sigmar Gabriel bei der Wiederwahl als Parteivorsitzender auf dem vergangenen SPD-Bundesparteitag gibt die SPD rund eineinhalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl ein so schlechtes Bild ab wie schon lange nicht mehr. Trotz der zahlreichen inhaltlichen Erfolge in der Großen Koalition wird deutlich, dass die Partei gespalten ist. Der einzige ernsthaft in Betracht kommende SPD-Kanzlerkandidat ist bereits jetzt angeschlagen und droht wieder einmal ein Kandidat zu werden, der die Partei nicht in ausreichendem Maße hinter sich versammeln kann. Die Gründe für dieses Dilemma sind vielfältig und sicherlich nicht zuletzt auch bei Gabriel selbst zu suchen. Doch kräftig angefeuert haben diese Stimmung insbesondere auch die Jusos im Bund, ohne dass dabei ein klares Ziel oder gar eine Alternative erkennbar wäre. Die Devise scheint zu lauten: „Aufsehen erregen ohne Rücksicht auf Verluste.“

Eine jedes Mal aufs Neue desillusionierende Veranstaltung in meinem politischen Kalender war in den vergangenen Jahren stets der Besuch der Juso-Bundeskongresse. Das mag unter anderem daran liegen, dass ich der Jahr für Jahr erneut von der Mehrheit vorgetragenen pseudo-sozialistischen Folklore wenig abgewinnen kann. Wenn die vom Rednerpult geforderte „Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise“ frenetisch von Delegierten umjubelt wird, deren proletarisches Selbstverständnis sich zumeist darin erschöpft, dass „Opa im Bergbau gearbeitet hat“, kann dies natürlich nur in dem konsequent kurz darauf auch erhobenen politischen Anspruch gipfeln: „iPhone für alle!“

Mein andauerndes Unwohlbefinden auf dem alljährlichen Treffen der Bundesjusos mag aber auch daraus resultieren, dass ich insbesondere bei den Jusos aktiv geworden bin, weil es sich dabei um die Jugendorganisation der SPD handelt. Den Großteil der Delegierten bei dieser Veranstaltung hingegen scheint zu einern, dass sie trotz der Politik der SPD noch bei den Jusos sind. Eine Einstellung, die die Bundesvorsitzende Johanna Ueckermann jüngst treffend zum Ausdruck brachte, als sie Sigmar Gabriels bisherige Arbeit öffentlich mit der Note „Vier minus“ versah. Unabhängig davon, dass wohl schon auf unzähligen Bundeskongressen die Abschaffung sämtlicher Kopfnoten

beschlossen wurde, ist die Vergabe von schlechten Schulnoten

Konfrontation um jeden Preis - Wohin wollen die Jusos?

an regierende SPD-Politiker bisher lediglich gängige Praxis der politischen Konkurrenz gewesen. Doch mit dieser Kritik – paradoxerweise dazu gepaart mit positiven Worten über die Politik der CDU-Kanzlerin – konnte sich die Juso-Bundesvorsitzende kurz vor dem Bundesparteitag maximaler Aufmerksamkeit und somit einer ordentlichen Steigerung des eigenen Bekanntheitsgrades sicher sein.

Nun ist es natürlich eine eingespielte Übung, dass die Führungsriege der Jusos als vermeintlich aufmüpfige, junge Wilde in Konfrontation zum Partei-Establishment geht, nur um möglichst schnell selbst zu letzterem werden zu können. Gerhard Schröder, Olaf Scholz oder auch Andrea Nahles haben diesen Weg erfolgreich beschritten und etwas weniger prominent zuletzt auch Niels Annen und Björn Böhning. Der kalkulierte Aufstand gegen die Parteiführung durch die Parteijugend konnte bislang jedoch oftmals symbiotische Effekte nach sich ziehen, wenn einerseits der Nachwuchs sich einen Namen machen konnte, andererseits die Partei eine lebendig diskutierende und um Inhalte ringende Organisation war, die am Ende aber dennoch geschlossen hinter dem Führungspersonal stand.

Hinter dem derzeitigen Agieren der Jusos lässt sich eine klare politische Strategie nicht wirklich erkennen. So zeigte sich Ueckermann in einem Interview nach dem Parteitag überrascht, dass ihre – in einem Atemzug mit der Kritik an Gabriel geäußerten – positiven Worte über die Kanzlerin als „Merkel-Lob“ ausgelegt wurden. Man kann nur spekulieren, ob es sich dabei um bewusst zur Schau gestellte Naivität zur Verdeckung der bösen Absicht oder tatsächlich um Ahnungslosigkeit über die medialen Mechanismen in unserer Republik handelt. Beides steht einer Juso-Bundesvorsitzenden nicht gut zu Gesicht. Wenn es bei dem offenen Angriff auf Sigmar Gabriel ernsthaft darum gegangen wäre, etwas zu verändern, hätten die Jusos die Ehrlichkeit besitzen müssen, einen Gegenkandidaten aufzustellen, anstatt den einzig vorhandenen Kandidaten zu demontieren. Immerhin ein Viertel der Delegierten wäre ihnen ja vielleicht gefolgt.

Wenn die Kritik an der Partei und insbesondere an den sie prägenden Funktionären aber zum reinen Selbstzweck mutiert, ohne dabei echte (personelle) Alternativen aufzuzeigen, gibt es nur einen wirklichen Gewinner dieser Selbstdarstellung: den politischen Gegner der Sozialdemokratie. Man darf stark bezweifeln, dass dies im Sinne der jungsozialistischen Sache ist und die Jusos im Bund tatsächlich nur einen Schritt näher an ihr unermüdlich beschworenes Ziel „der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise“ bringt. Die Akteure dürfte es indes nicht sonderlich stören, werden sie doch schließlich nach eigener Vorstellung in ein paar Jahren als gefestigte Parteigrößen solch sozialistische Rhetorik sowieso weit von sich weisen.



VERANTWORTUNG FEHLANZEIGE

Was uns VW und DFB über uns und unsere Eliten sagen

VW, DFB – Kürzel, die für jüngst bekannt gewordene Skandale um mögliche Korruption und Manipulation stehen. Was sagen uns diese einzelnen Enthüllungen über Bedeutung und Stand unserer Eliten? Beide Fälle haben gemeinsam, dass es nach allem, was öffentlich bekannt ist, nicht nur um das Fehlverhalten einzelner Personen geht, sondern um strukturelle Probleme in der Verfasstheit dieser Organisationen. Die Fälle VW und DFB werfen Fragen auf zum Selbstverständnis der Eliten in unserem Land, zum Selbstverständnis der Gesellschaft und damit verbunden zur Durchsetzbarkeit von Gesetzen.

Zunächst zum Selbstverständnis der Eliten: Sowohl die Frage, ob die Firma Volkswagen (und möglicherweise auch andere Firmen) Abgaswerte systematisch manipuliert hat, als auch das Thema von Korruption bei DFB, UEFA und FIFA betrifft nicht nur die Mitglieder der Organisationen selbst, sondern die Gesellschaft insgesamt. Denn es geht nicht um Interna von privaten Vereinen, sondern auch zum Beispiel um gesetzlich festgesetzte Umweltgrenzwerte und um damit verbundene Steuersubventionen für weniger umweltschädliche Fahrzeuge im einen Fall und um staatliche Sportförderung und die Finanzierung von Polizeieinsätzen bei Sportveranstaltungen im anderen Fall. Außerdem sind sowohl bei der Firma Volkswagen als auch im deutschen Sport auf Funktionärsebene Volksvertreter involviert. Der Umgang der Organisationspitzen stand und steht jedoch im Missverhältnis zu dieser gesellschaftlichen Bedeutung. Das Verhalten ist keinesfalls von freiwilliger Transparenz geprägt, sondern von Verschleiern und Verzögern. Nur auf öffentlichen Druck wird reagiert – im Fall Franz Beckenbauer ist auch dieser wohl weitgehend wirkungslos. Zu tief verankert ist das eigene Selbstverständnis als unantastbare Führungskraft, zu gering das Bewusstsein, Verantwortung für Regeln und Werte zu tragen und Rechenschaft auch gegenüber der Öffentlichkeit ablegen zu müssen. Insgesamt zeigt sich insofern eine Distanz der Eliten von der Gesellschaft, ein Selbstverständnis, das nicht von Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft ausgeht, sondern von einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis, das für die

Gesellschaft insgesamt ungesunde Züge annimmt.

Die zu beobachtende Reaktion der Gesellschaft weist jedoch in die gleiche Richtung. Besonders in der Frage von Korruption im deutschen Fußball wird weniger der strukturelle Fehler als vielmehr das Fehlverhalten Einzelner zum Thema gemacht. Es scheint jedoch fraglich, ob die wichtige Frage tatsächlich die Unfehlbarkeit des Kaisers ist. Müssten nicht vielmehr VW und DFB von uns dafür kritisiert und sanktioniert werden, unsere Regeln zu missachten, sowohl allgemeingültige Haltungen wie Anstand und Unbestechlichkeit als auch spezielle Verabredungen wie die Umweltgesetzgebung? Warum steht VW erst im Fokus von Ermittlungen seit US-Behörden intensiv gegen Manipulationen vorgehen? Warum interessiert es uns nicht, was Vertreter des deutschen Fußballs auch in unserem Namen in Gremien von UEFA und FIFA mittragen? Das – wiederum nach Ermittlungen von US-Behörden ins Rollen gekommene – Verfahren gegen den FIFA-Präsidenten Sepp Blatter und den UEFA-Präsidenten Michel Platini wird immer noch weitgehend als Aufdeckung lange vermuteter Korruption wahrgenommen, an der lediglich Vertreter von Staaten aus der Karibik oder Afrika beteiligt sind, die man ja schon immer im Verdacht hatte, nicht ganz sauber zu sein – welch Überheblichkeit und Ignoranz! Und wenn „unser Sommermärchen“ mit Korruption verbunden ist? Schön war es trotzdem, das lassen wir uns doch von ein bisschen Korruption nicht kaputt machen! Ein Hoch auf die deutschen Leittugenden!

Nicht besser steht es um den Fall VW, in dem öffentlich zunächst nur die Frage von Schadensersatz wichtig war. Natürlich: Für den Verbraucherschutz ist es wichtig, ob womöglich Autos verkauft wurden, die mehr Benzin verbrauchen, als die offiziellen Werte behaupten. Ebenso wichtig aber müsste die Frage sein, ob die Grenzwerte für Umweltbelastung, die wir uns über die Europäische Union geben, eingehalten werden und wenn nicht, wo die Ursache dieses Missverhältnisses liegt. In mangelnden Kontrollen? In fehlender Verantwortung der Hersteller? Oder ist in diesem Fall die Umweltgesetzgebung ein Diskurs von europäischen Eliten, den die Gesellschaft eigentlich gar nicht mitträgt? Debatten über das Aus für die Glühbirne lassen das zumindest vermuten.

Die Entwicklungen in den Fällen Volkswagen und DFB sind noch nicht abgeschlossen. Juristische Verfahren laufen, öffentliche Debatten werden geführt, politische Folgerungen diskutiert. Obwohl die Beispiele VW und DFB sicher auch exemplarisch sind für die Entstehung von Skandalen und das schnell wechselnde Interesse der öffentlichen Meinung sind sie interessante Ausgangspunkte, darüber zu diskutieren, welche Rolle Regeln in unserer Gesellschaft spielen. Die Debatte könnte sich lohnen.



Elite ohne Moral -
Gelten unsere Gesetze für alle?

WHAT ABOUT YOUR PRIVACY?

Neue Datenschutzregeln für Europa

20 Jahre hat es gedauert, bis man sich auf eine neue „Europäische Grundverordnung des Datenschutzes“ einigen konnte. Es war schon allerhöchste Zeit, denn im digitalen Zeitalter angelangt, hat sich seit 1995 einiges geändert. Internet-Giganten wie Amazon, Google und Microsoft konnten die maroden Strukturen der Datenschutzverordnung schon längst zu ihrem Vorteil nutzen. Unsolidarische Richtlinien erlaubten Unternehmen unter anderem die Nutzung von nationalem Recht eines europäischen Staates in jeglichen anderen Staaten der EU. Dies ermöglichte ihnen deutliche Steuerersparnisse und komplizierte, kaum nachvollziehbare Verfahrenswege. Um gegen Datenschutzverstöße angehen zu können, mussten stets Anträge im Land der Hauptniederlassung eingereicht werden. Somit ändert sich nun einiges für Unternehmen, die sich in Europa niedergelassen haben, denn ab 2018 gelten einheitliche Regeln für die ganze EU.

Ziel der neuen Verordnung ist es vor allem, das Ausnutzen von sogenannten „Datenschutz-Oasen“ innerhalb der EU zu unterbinden, da das Recht des Landes gilt, in dem die digitale Leistung angeboten wird. Eine weitere Neuerung ist, dass Unternehmen, die sich nicht an die Vereinbarungen halten, deutlich härtere Strafen als zuvor erhalten; nach der Datenschutzreform sieht das Gesetz eine Strafe bis zu 4% des Jahresumsatzes vor. Neu ist auch die Pflicht, eine Einwilligung zur Nutzung der Daten einholen zu müssen, woran sich jedes Unternehmen zu halten hat. Diese Pflicht zu erfüllen, scheint den Unternehmen jedoch relativ einfach gemacht zu werden. Eine der verwunderlichsten Änderungen ist die Einführung eines Mindestalters für Dienste wie z.B. Facebook von 16 Jahren (außer wenn nationales Recht die Marke tiefer setzt, mindestens jedoch 13 Jahre).

Somit wird eine Altersbeschränkung eingeführt, die sinnvoll sein kann, aber nicht sein muss. Denn jene Dienste sind mittlerweile so etabliert, dass es unrealistisch scheint, diese für Jugendliche unter 16 Jahren zu sperren - eine Begrenzung, die zu einfach zu umgehen erscheint.

Fraglich ist auch, ob die Änderungen in Deutschland nur positive Auswirkungen haben, denn z.B. soll die Bestellpflicht eines Datenschutzbeauftragten nur noch bei Unternehmen bestehen, deren Kerntätigkeit aus Verarbeitungsvorgängen bestehen, welche eine regelmäßige und systematische Beobachtung von betroffenen Personen erforderlich machen. Soll heißen, dass einige Unternehmen, die bisher dazu verpflichtet waren, einen Datenschutzbeauftragten zu haben, nun keinen mehr benötigen werden (bezieht sich in der Regel nur auf kleine bis mittelständische Unternehmen). Zum Beispiel wäre bei einer Arztpraxis die Kerntätigkeit die medizinische Versorgung, trotzdem werden dort sensible Daten gespeichert und gesammelt.

Das sind nur wenige Änderungen der Reform, die auf uns 2018 zukommen werden. Man kann sagen, dass es höchste Zeit war und die Umsetzung ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Allerdings betrifft diese Reform in erster Linie die Wirtschaft, denn Änderungen für den privaten Nutzer kommen nur vergleichsweise wenige. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob die strengeren Richtlinien Europa als Standortfaktor schwächen. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Die Reform stärkt europäische Unternehmen dabei, sich gegenüber Internet-Giganten wie Google, Apple, Amazon und Facebook zu behaupten, die in immer mehr Bereichen Fuß fassen. Faire und gleiche Bedingungen für Unternehmen, die ihre Dienstleistungen in der EU anbieten, sind eine grundlegende Voraussetzung für einen gerechten Konkurrenzkampf. Was den Bereich des Datenschutzes von privaten Nutzern angeht, bleibt vieles wohl eine Scheindebatte. Denn wieviel Datenschutz richtig ist, vermag man kaum einschätzen zu können. Welche Informationen z.B. beim „Recht auf Vergessenwerden“ von öffentlichem Interesse sind und somit unter die Pressefreiheit fallen und welche nicht, ist oftmals schwierig zu differenzieren.



Noch ist unklar, ob die neue europäische Verordnung tatsächlich für mehr Datensicherheit im Internet sorgt.

„Das Internet vergisst nicht!“, das sollte jedem klar sein. Auch eine veranlasste Löschung beim Suchmaschinen-giganten Google wird bereits vorhandene Daten nicht endgültig löschen können. Wenn es nach einigen Datenschutzespezialisten gehen würde, sollte das Internet gleich abgeschafft werden. Um Datenschutz realistisch weiter zu bringen, müsste als nächster Schritt eine weltweite Regelungsgrundlage geschaffen werden, denn das Internet ist ein weltumspannendes Netz, welches keine Ländergrenzen kennt. Der Versuch, nationale Grenzen und Regelungen auch im Internet festlegen zu wollen, wird nur fehlschlagen können. Das Ziel sollte es dabei immer sein, für jeden Nutzer die Entscheidungsfreiheit zu stärken, welche Daten er preisgibt und welche nicht, ohne mit Nachteilen gegenüber anderen gestraft zu werden.

...UND JETZT KOMMT DIE INTEGRATION

Drängende Fragen der kommunalen Flüchtlingspolitik

Kein Thema hat das Jahr 2015 so geprägt wie die große Zahl an Geflüchteten: Mit ihnen wurden Not und Elend aus den Kriegen dieser Welt im westlichen Wohlstandsalldag gegenwärtig. Andererseits waren die Hilfsbereitschaft und Solidarität von großen Teilen der Gesellschaft überwältigend. Mit der Integration der neuen Nachbarinnen und Nachbarn steht nun die nächste wichtige Aufgabe an.

Während die Fragen der Flüchtlingspolitik noch immer auf Antworten der Bundes- und Europapolitik warten, mussten vor Ort und ganz konkret die Aufgaben der Flüchtlingshilfe verteilt werden. Im Wesentlichen auf die Schultern von unzähligen Ehrenamtlichen, den kommunalen Verwaltungen sowie den in der Flüchtlingshilfe etablierten Hilfsorganisationen. Das Motto „Wir schaffen das!“ wurde und wird besonders in den Städten erfüllt – vielfach noch ohne ausreichende finanzielle oder organisatorische Rückendeckung von Bund oder Land. Die Kieler Stadtverwaltung hat sich beispielsweise in diesen Wochen und Monaten in außerordentlichem Maße flexibel und zupackend gezeigt: Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Ulf Kämpfer und der SPD-Sozialdezernent Gerwin Stöcken sind täglich sichtbar im Einsatz. Sie haben mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht nur jede Woche Dutzende neue Geflüchtete auf dem angespannten Kieler Wohnungsmarkt untergebracht oder Schlafstätten für Transitflüchtlinge geschaffen. Gleichzeitig haben sie einen engen Draht zu den Ehrenamtlichen gehalten und sind auch der Skepsis und den Sorgen derjenigen begegnet, die noch eine Distanz zur Willkommenskultur haben. Der von Stöcken immer wieder vorgebrachte Appell, man möge den Geflüchteten zumindest mit Anstand begegnen, auch wenn man ihnen nicht helfen kann oder will, hat offenbar gewirkt.

Mit allen Aktivitäten der Stadt ist jedoch auch verbunden, dass diese ihren Niederschlag im ohnehin schon knappen Stadthaushalt haben oder zusätzlich vom Personal geschultert werden müssen, das in den letzten Jahren sowieso extrem ausgedünnt wurde. Hier zeigt sich ein konkretes Problem der neoliberalen Personalkürzungen der letzten Jahre, insbesondere in den schwarz-grünen Jahren 2003 bis 2008: Wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon im Normalfall Überstunden vor sich her schieben und zu 120% ausgelastet sind, gibt es in Extremsituationen keinen Puffer. Die aktuellen Erfahrungen werden hoffentlich in Zukunft zu einem Paradigmenwechsel führen. Dass die Kommunen aus der akuten Not heraus unbürokratisch in Vorleistung gegangen sind, wird nun nach einer Stabilisierung der Situation

auch eine solidarische Haltung in Landes- und Bundesregierung zur Folge haben müssen. Denn auch die nun folgende Aufgabe der Integration wird abermals hauptsächlich in den Städten geleistet werden.

Die schwierigen Fragen der Integration

Nachdem die Sozialdemokratie wie in Kiel vielerorts unter den Parteien eine Führungsrolle in der Flüchtlingshilfe eingenommen hat – sowohl in der politischen Verantwortung als auch durch viele Genossinnen und Genossen, die in den lokalen Flüchtlingsinitiativen ihr Wissen und ihre (Partei-) Erfahrung einbringen – fällt ihr quasi automatisch die Rolle zu, eine moderne Integrationspolitik zu formulieren: Sie sollte den Geist der Willkommenskultur atmen, wozu eine zügige, unbürokratische Teilhabe am Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gehört. Denn einem Großteil der Geflüchteten schnell die Möglichkeit zu bieten, ein produktiver Teil unserer Gesellschaft zu werden, ist die beste und effektivste Form der Integration. Die andere, politisch schwierigere Frage ist, wie ein gutes Zusammenleben mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen gelingt, bei dem alle von der Vielfalt profitieren und nicht stumpf die Anpassung der einen an die anderen propagiert wird. Der Sozialdemokratie kann es dabei gelingen, auch die komplizierten Fragen zu diskutieren: Zuletzt wurden von Helferinnen und Helfern der Flüchtlingsinitiativen und anderen Zugewanderten neben allem Positiven auch Erfahrungen geschildert, die die Frage aufwerfen, wie man mit Formen von Sexismus, Homophobie oder Antisemitismus umgehen will, die von einem Teil der Geflüchteten aus ihren Gesellschaften mitgebracht werden. Ein großer Teil will schließlich genau jene Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit hinter sich lassen.

Die sozialdemokratische Antwort – so viel sei vorweg genommen – kann nicht in einer pauschalen Unterstellung gegenüber allen Zugewanderten liegen, aber Wegsehen hilft auch nicht. Im Gegenteil: Die deutsche Gesellschaft ist schließlich nicht frei von Antisemitismus, Homophobie oder Sexismus – in den letzten Jahren musste dies oft genug auch öffentlich diskutiert werden. Man kann im besten Fall diese neue Situation nutzen, um uns selbst auch noch mal etwas intensiver zu vergewissern, dass wir tolerant sein wollen und Menschenfeindlichkeit nicht akzeptieren. Spannende Fragen, die auf sozialdemokratische Antworten warten und bei denen auch in der SPD und bei den Jusos im Detail noch viel zu diskutieren bleibt – und deswegen im besten Sinne ein historischer Auftrag, sich der Themen engagiert anzunehmen.

br



INTERNATIONALE SOLIDARITÄT?

Auf der Suche nach der europäischen Sozialdemokratie

Im Jahr 2015 befanden sich laut UN-Flüchtlingskommissar 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg oder kriegsähnlichen Zuständen in ihren Ländern. Viele Geflüchtete sind ihren Weg nach Europa angetreten, dieser Weg nach Europa war gefährlich und hat viele Tribute gefordert. Doch die Geflüchteten sind ihn trotzdem gegangen, in der Hoffnung auf Schutz und ein besseres Leben. Wie reagiert die Europäische Union auf die vielen Menschen, deren Schicksal man aus weiter Ferne aus Berichterstattungen lesen und errahnen konnte?

Vorwürfe und keine Lösung in Sicht

Die Mitgliedstaaten fallen übereinander her und machen sich gegenseitig Vorwürfe: es fehle einigen Mitgliedstaaten an Verantwortungsbewusstsein und vor allem fehle es an Solidarität. Diese Streitigkeiten angesichts der Frage, wie man mit den vielen Geflüchteten in der EU umgehen soll, wird von den Medien als sog. „Flüchtlingskrise“ beschrieben. Jedoch gibt es keine „Flüchtlingskrise“, sondern vielmehr einen unsouveränen Umgang mit der Lage seitens der EU. Die steigenden Zahlen an Geflüchteten stellen ohne Frage für die Mitgliedstaaten eine innenpolitische Herausforderung da. Diese Herausforderung bedarf allerdings einer gesamteuropäischen Lösung. Seit der Katastrophe vor Lampedusa im Oktober 2013 wird die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik immer wieder laut. Den Worten folgten bis heute trotz der hohen Zahlen an Geflüchteten im Jahr 2015 keine Taten.

SPE - Where are you?

Gerade jetzt, wo ein Handeln der europäischen Sozialdemokratie nicht nur geboten, sondern notwendig erscheint, herrscht gähnende Stille. Eine sozialdemokratische Initiative zur Um- und Neugestaltung einer gesamteuropäischen und menschenwürdigen Asylpolitik ist nicht in Sicht. Niemand der namenhaften Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf europäischer Ebene mag so recht das Zepter in die Hand nehmen und gegen die lähmende Untätigkeit auf europäischer Ebene ankämpfen. Woran eine sozialdemokratische Initiative scheitert, kann vielfältige Ursachen haben. Einerseits darf man nicht von der Hand weisen, dass die sozialdemokratische Entwicklung in Europa derzeit schwächelt. Wahlen zu gewinnen ist kein Selbstgänger mehr für sozialdemokratische Parteien, gerade in Anbetracht des aufkeimenden Nationalismus innerhalb Europas. Andererseits kommt noch hinzu, dass es trotz der SPE nicht DIE europäische Sozialdemokratie gibt. Es gibt nun einmal Unterschiede und Differenzen in den sozialdemokratischen Parteien, die sich besonders in der Geflüchtetenpolitik niederschlagen. Daher gestaltet es sich als schwierig, eine gesamteuropäische Initiative durch die SPE zu entwickeln, die für alle tragbar ist. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: wie könnten Forderungen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Hinblick auf eine menschenwürdige Asylpolitik aussehen?

Weg von Dublin hin zur Verteilungsquote?

Eine Abschaffung des Dublinverfahrens wäre ein richtiger Schritt, weil dieses Verfahren Geflüchteten keinen fairen Zugang zum Asylverfahren garantiert und völlig ineffektiv ist. Die viel debattierte solidarische EU-Verteilungsquote ist in diesem Zusammenhang nur ein erster Schritt aus dem Dublin-Dilemma. Jeder Mitgliedstaat, der eine bestimmte Zahl von Geflüchteten aufnimmt, ist auch für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig. Das führt erst einmal zu einer Entlastung der südeuropäischen Länder, die durch das Dublinverfahren unverhältnismäßig belastet wurden. Allerdings ist die Quote nur eine vorübergehende Maßnahme und noch lange nicht das Allzweckmittel. Gerade, weil der Zustrom an Menschen nicht abreißen wird, ist es auch von großer Bedeutung, über sichere und legale Fluchtwege zu sprechen. Seit geraumer Zeit fordert das UN-Flüchtlingswerk sichere Einreisemöglichkeiten für Geflüchtete. Denkbar wären in diesem Zusammenhang beispielsweise humanitäre Visa oder Botschaftsverfahren (oder auch „Asylgesuch aus dem Ausland“). Diese Botschaftsverfahren gab es lange Zeit im schweizerischen Asylrecht. So konnten Menschen, denen Gefahr für Leib und Leben drohten, in der schweizerischen Botschaft des eigenen Herkunftslandes einen Asylantrag stellen. Dieser Antrag wurde im regulären Verfahren geprüft. In Deutschland ist so etwas beispielsweise nicht möglich, weil das Asylgesuch immer noch persönlich bei der entsprechenden Stelle in Deutschland beantragt werden muss. Dabei würde diese Art des Verfahrens sehr viele Leben retten, weil Menschen ihr Geld und Vertrauen derzeit in Schleuser setzen oder gefährliche Routen auf sich nehmen. Zwar ist es richtig, die Forderung nach der Bekämpfung der Schleuserkriminalität aufrechtzuerhalten. Jedoch ist klar, dass allein die Bekämpfung von Schleuserkriminalität keine Menschenleben retten wird. Fraglich ist außerdem, ob die Stärkung von Frontex einen Beitrag zur Problemlösung leisten wird. Einerseits rettet Frontex Menschen vor dem Ertrinken, andererseits hält Frontex Schutzsuchende davon ab, ihren Weg nach Europa fortzusetzen. Ist das nicht etwas widersprüchlich?

Sozialdemokratische Perspektive

Alles in allem wird deutlich: die sozialdemokratische Perspektive kann nur darin bestehen, sich gegen die Abschottung Europas und für sichere Einreisewege einzusetzen und dafür zu sorgen, dass man Schutzsuchende nicht von ihrem Recht abhält, Schutz in Anspruch zu nehmen. Jedoch fehlt diese sozialdemokratische Kraft in Europa derzeit. Es ist bedauerlich, dass eine Partei, die humanitäre Werte gerne auf Parteikongressen heraufbeschwört, es nicht leisten kann, eine Vorreiterrolle in der europäischen Politik zu beanspruchen und das unsägliche Nichtstun auf europäischer Ebene zu beenden. Es ist niemanden geholfen, die vielen Toten im Mittelmeer mit leeren Worthülsen zu betrauern, wenn diesen Worten keine Taten folgen. Gerade von der deutschen und traditionsreichen Sozialdemokratie, die ihre Verbundenheit zu Europa immer wieder betont, kann und muss man erwarten, dass sie die Führungsrolle bei der Findung einer gesamteuropäischen Lösung einnimmt.

NOCH IST POLEN NICHT VERLOREN

Rechtsruck in Osteuropa

Über Polen zu schreiben, fällt dieser Tage nicht leicht. Zu schnell kommen die Meldungen, zu viel ändert sich – zu groß ist der Kulturkampf, der gerade in Polen tobt. Doch das Ziel der neuen polnischen Regierung scheint eindeutig: Man will sich an Ungarn orientieren.

Seit einigen Wochen stellt die PiS-Partei die polnische Regierung und hat mit dem begonnen, was sie zuvor ankündigte: Eine Zentralisierung der Macht und ein Abwenden von Europa. In welchem Tempo dabei vorgegangen wird, ist aber doch erstaunlich. Das Verfassungsgericht ist entmachtet, die europäische Fahne aus dem Parlament verbannt und die Abkommen zur Verteilung der Flüchtlinge widerrufen. Trotz des Klimaabkommens soll verstärkt auf Kohle gesetzt werden, die europäischen Klimaziele werden missachtet. Zurzeit entzieht die Regierung die Geheimdienste der parlamentarischen Kontrolle und löst den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf – dafür soll ein staatlich kontrollierter Rundfunk entstehen. Die Presselandschaft, die tatsächlich hauptsächlich von ausländischen Verlagen stammt, soll renationalisiert werden. Dazu kommt eine stärkere Einbindung der katholischen Kirche in den Staat, die dieser mehr Einfluss sichern soll. Ziel ist es, einen Staat wie in Ungarn zu schaffen. Die Liste dessen, was die PiS in kurzer Zeit begonnen hat, ist also lang – doch wie konnte es soweit überhaupt kommen?

PiS ist die Abkürzung für „Recht und Gerechtigkeit“. Die Partei wird meist als rechtskonservativ oder rechtspopulistisch bezeichnet. In Deutschland ist sie vor allem wegen Lech Kaczyński bekannt, der in seiner Amtszeit (2005 – 2007) auf direkte Konfrontation mit Deutschland ging. Abgelöst wurde Kaczyński damals von Donald Tusk und seiner Bürgerplattform, die mit der CDU vergleichbar ist – eine gemäßigt konservative Partei. Die Polen erlebten in dieser Zeit einen Aufschwung, selbst in der Wirtschaftskrise wuchs die polnische Wirtschaft weiter.

Eigentlich deutete wenig daraufhin, dass die häufig ungehobelt auftretende PiS-Partei wieder an die Regierung kommen konnte.

Doch die Bürgerplattform setzte viele ihrer Versprechen nicht um, das Wachstum nutzt nur Wenigen, viele fühlten sich weiter abgehängt. Vor allem junge, gut ausgebildete Polen gingen nach England, Deutschland oder Skandinavien.

Dazu kamen diverse Affären. 2014 tauchten Berichte auf, die nahelegen, dass die Bürgerplattform aus dem Ausland finanzielle Unterstützung er-

hielt. Und dann folgte die Abhöraffaire: Kellner hatten Politiker der Bürgerplattform belauscht und die Gespräche aufgezeichnet. In einem warf der polnische Außenminister den Polen ein unterwürfiges, „negerhaftes“ Verhalten vor. Es tauchten Aufzeichnungen auf, aus denen hervorging, dass die Regierung Einfluss auf die unabhängige polnische Zentralbank genommen habe.

Die Staatsanwaltschaft ging gegen die Zeitung vor, die diese Mitschnitte veröffentlichte, gegen die Kellner wurden Strafverfahren eingeleitet. Tusk stellte sich einer Vertrauensfrage und gewann – doch das Image der Bürgerplattform hatte schwer gelitten und die PiS profitierte davon bei den Kommunalwahlen.

2015 kochte die Affäre wieder hoch, als erneut Dokumente veröffentlicht wurden. Tusk war da bereits in Brüssel. Seine Nachfolgerin durfte die Krisen nun bewältigen, die Bürgerplattform war weiter angeschlagen. Daneben hatte die PiS ihr Auftreten drastisch geändert. Der holprig-polternde Kaczyński war nicht mehr in der ersten Reihe, stattdessen Andrzej Duda, ein junger, ruhiger Verwaltungsjurist, und die aus dem Kulturbereich stammende Beata Szydło. Kritiker warfen den beiden vor, nur Marionetten Kaczyńskis zu sein, doch es gelang ihnen, der PiS einen seriöseren Anschein zu geben. Duda ist im August als Staatspräsident vereidigt worden, ein Amt, das in Polen deutlich mehr Macht hat als in Deutschland. Szydło ist seit November polnische Ministerpräsidentin. Die einzige Instanz, die sich dem vollständigen Machtanspruch noch hätte entgegenstellen können, war das Verfassungsgericht und in dieses werden nun PiS-Anhänger ernannt.

Daneben fehlt es in Polen an wirklichen politischen Alternativen. Die Sozialdemokraten als Nachfolgerpartei der ehemals regierenden Kommunistischen Partei sind zwar mit anderen linken und grünen Parteien auf einer gemeinsamen Liste angetreten, scheiterten aber an der 7-Prozenthürde. Ansonsten gibt es noch die Bauernpartei, eine rechtsextreme Partei und die wirtschaftsliberale Partei „Neues Polen“. Sie kamen alle nicht über 10 Prozent und stellen gemeinsam mit der Bürgerplattform die Opposition. Zurzeit richten sich alle Augen auf Neues Polen, die Partei kommt in Umfragen nun auf fast 30 Prozent.

Dazu kommt, dass die Wahlbeteiligung in Polen meist sehr gering ist, die PiS aber vor allem von älteren Menschen und Traditionalisten gewählt wird. Gruppen in denen die Wahlbeteiligung sehr hoch ist. Außerdem wird sie von der Gewerkschaft Solidarność und der katholischen Kirche unterstützt – zwei wichtige Institutionen in Polen. Langsam formiert sich der Widerstand. In vielen polnischen Großstädten finden regelmäßig Demonstrationen statt, in Warschau waren mehr als 50.000 Menschen auf der Straße. Vor allem junge Polen organisieren sich. Aber auch eher konservative Stimmen und selbst ehemalige Sympathisanten aus dem intellektuellen Bereich distanzieren sich. In der polnischen Nationalhymne heißt es: „Noch ist Polen nicht verloren“ – hoffen wir, dass das stimmt. *md*

Die europäischen Fahnen sind bereits entfernt. Folgt nun eine weitere Distanzierung Polens von Europa?



DAS MÄRCHEN VOM ROTEN RETTER

Die britische Labour Party unter Jeremy Corbyn

Seitdem sozialdemokratische Parteien in ganz Europa an Vertrauen verloren haben, wünschen sich viele Linke eine Besinnung auf die traditionellen Werte ihrer Parteien und eine Abkehr vom politischen Establishment. Die britische Labour Party hat diesen Schritt nun gewagt. Rotkielchen berichtet aus dem neuen sozialistischen Utopia am Ufer der Themse.

Für Deutsche, welche die penible Ordnung einer Bundestagsdebatte gewohnt sind, hinterlässt ein Blick in die Diskussionskultur des britischen Unterhauses das Gefühl, die bekannte britische Höflichkeit habe hier keinen Platz gefunden. Wer etwas zu sagen hat, der lauert in den ersten Reihen des Parlaments, um seinem politischen Gegner unter dem Gejohle der eigenen Fraktion ein paar rhetorische Tiefschläge zu verpassen. Während sich die politische Inszenierung somit auf die Vorderbänke beschränkt, bleibt den Hinterbänkern zu meist nur der innerparteiliche Ungehorsam, um medial auf sich aufmerksam machen zu können. Bis vor kurzem war einer dieser unruhestiftenden Hinterbänkler ein Abgeordneter namens Jeremy Corbyn. Doch nun hat der gealterte Rebell und dauerhaft abtrünnige Labour Parlamentarier aus dem Arbeitermilieu Nord-Londons es überraschend an die Spitze seiner Partei geschafft. Was war der Grund für dieses überraschende Bänkerücken?

Eigentlich hatte die Führung der Labour Party schon fest damit gerechnet, dass sie ihn bald los sind. Allerdings beschloss die Partei ihre personelle Zukunft basisdemokratisch neuaufzustellen, nachdem der Parteivorsitzende Ed Milliband auf Grund der Niederlage bei den Parlamentswahlen seinen Hut genommen hatte. Wurde der Parteivorsitz in den vorherigen Jahren lediglich durch die Parlamentsfraktion der Labour Party ausgewählt, sollten nun alle Parteimitglieder ein Mitspracherecht erhalten. Aber nicht nur das. Um die politisch interessierte und gleichzeitig parteilich ungebundene britische Bevölkerung für Labour zu begeistern, konnte man für zwei Pfund zum „Unterstützer“ werden und sich somit eine Wahlberechtigung erkaufen. Insbesondere diese Öffnung der Partei hat ihr einen ungeheuren Zufluss an Unterstützern aber vor allem Neumitgliedern bereitet, was die Zahl der Labour Mitgliedschaften fast verdoppelte und die Wahl des Vorsitzenden in das Zentrum des öffentlichen Interesses beförderte. Die Schattenseite dieser vermeintlichen Demokratisierung lag gleichwohl in der Ausweitung des Einflusses von Nicht-Labour-Mitgliedern, welche nun mitentscheiden konnten, aber die Konsequenzen nicht mitverantworten mussten.

So war die Überraschung dann doch groß, als plötzlich im ersten Wahlgang des Mitgliedervotums die absolute Mehrheit für den Parteivorsitz an Jeremy Corbyn ging. Zwar gaben bereits

etwas weniger als 50 Prozent der Labour-Mitglieder ihre Stimme an Corbyn, jedoch machten 84 Prozent der Unterstützer ihr Kreuz beim Altlinken. Die Reaktionen auf seine Wahl drückten die gesellschaftliche Spaltung des Vereinigten Königreiches aus. Während Liberale und Konservative die Wahl Corbyns als einen Fehler und gar eine Gefahr für die nationale Sicherheit bezeichneten, feierten gemäßigte und extreme Linke den Wandel der Labour Party zu einer „echten“ sozialistischen Partei, welche nun den Kampf gegen das Establishment außerhalb aber auch innerhalb der Partei vorantreiben kann. Zu diesem Zwecke wurde die Organisation „Momentum“ gegründet, die den Schwung des Wahlkampfes um den Parteivorsitz weiter ausnutzen und die Stellung der neuen „alten“ Labour Party festigen sollte. Doch weit gefehlt.

In den ersten Umfragen nach der Wahl Corbyns zeigte sich, dass die öffentliche Meinung der Einstellung der Labour Party Mitglieder deutlich widersprach. So erhielt Corbyn das schlechteste Meinungsbild, das jemals für einen neugewählten Labour Vorsitzenden gemessen wurde. Mehr Menschen misstrauten ihm, als dass sie ihm vertrauten. Auch die allgemeinen Umfragen lieferten ein ernüchterndes Zeugnis ab. So gewannen die Konservativen an Zustimmung, während Labour im Gegenzug an Prozenten verlor. Corbyn ging daraufhin in die Offensive und versuchte, mit einem neuen Stil der politischen Auseinandersetzung bei der Wählerschaft zu punkten. Statt das oben angedeutete Gepöbel und Machogehabe der britischen Parlamentsdebatten fortzuführen, begann Corbyn die Parlamentsdebatten für Fragen der Öffentlichkeit zu öffnen. Statt rhetorische Tiefschläge auszuteilen, verlas er schriftliche Anfragen von Privatpersonen, die ihm per Email zugegangen waren. Sein defensives Auftreten sollte somit neue Wählerschichten ansprechen, was in der medialen Berichterstattung jedoch nur eine Randnotiz wurde. Von größerem Interesse war hingegen das Auftreten diverser linker Interessengruppen, welche Corbyns Wahl unterstützten und nun innerparteiliche Oppositionelle bedrohten. Insbesondere die Abstimmung zu Luftesätzen auf ISIS Stellungen in Syrien zeigte, dass ein Drittel der Labour-Fraktion sich nicht ihrem neuen Vorsitzenden anschließen wollte, was prompt zu Protesten und Forderungen nach der Abwahl betreffender Parlamentarier führte. Dieser raue Umgangston, das Auftreten sektiererischer Bewegungen, die Bedeutungslosigkeit in Schottland sowie die stagnierenden Umfragewerte lassen vielerorts die Befürchtung aufkommen, dass Labour sich hat vereinnahmen lassen und nun droht, in die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit zu wandern. Noch hat Corbyn die Unterstützung seiner Partei hin zur ideologischen Linkswende. Sein Platz auf der Vorderbank des Parlaments wird er aber nur behalten können, wenn auch die Briten solch eine Wende mittragen.



Militärische Intervention gegen den „Islamischen Staat“?

Nach dem monströsen Verbrechen von Paris scheint der Kampf gegen den selbsternannten „Islamischen Staat“ (IS) an einem Wendepunkt angelangt zu sein. Es stellt sich die Frage: muss dem IS mit einem Bodenkrieg begegnet werden? Oder würde ein solcher Einsatz die Lage nur noch verschlimmern?

Pro EINSATZ GEGEN DEN IS

Seit mehr als anderthalb Jahren wird die Welt Zeugin, wie der selbsternannte „Staat“ kaum begreifliche Verbrechen begeht und diese regelrecht zelebriert. Seien es die Massaker an verschiedenen Volksgruppen in Syrien und im Irak, deren aufgespießte Köpfe in alle Welt übertragen werden, seien es live aufgenommene Hinrichtungen feindlicher Soldaten, wie die eines jordanischen Piloten, der in einen Käfig gesteckt und bei lebendigem Leib verbrannt wurde. Oder die Ermordung von Menschen allein aufgrund ihrer ausländischen Herkunft, die in keiner Weise in den Konflikt involviert sind. Der IS mordet, wo immer seine Kämpfer sich aufhalten und wen auch immer, sollte er sich nicht sofort und auf eine einzige Koraninterpretation berufen; nur Christen und Juden sind ausgenommen, sofern sie eine Schutzsteuer bezahlen. Jedes Blutbad, auch wenn es Jugendliche und junge Menschen wie im Bataclan trifft, wird bejubelt, beschworen, gefeiert, zur Nachahmung empfohlen und allen Sympathisanten wird zugerufen, ihren Feinden so viel Tod wie nur möglich zu bringen. Unabhängig von all den Problemen, die damit verbunden sind: darf die Welt zusehen, wie eine solche Organisation all diese Dinge tut, ohne dafür bestraft zu werden? Ohne Zeichen, dass sie allem zuwider handelt, was mit Menschlichkeit in Verbindung gebracht wird?

Nein, das darf sie nicht. Auch, wenn der Konflikt in Irak und Syrien ungeheuer komplex ist, auch wenn so viele Parteien beteiligt sind und die Frage besteht, was nach dem IS kommen soll: letztendlich muss klar sein, dass keine Organisation auf der Welt mit solchen Taten davonkommen darf. Früher oder später muss ein solcher Schandfleck beseitigt werden. Denn die Möglichkeiten, den IS militärisch zu stoppen, sind zweifelsohne gegeben. Dass der Pseudo-Staat überhaupt entstehen konnte, hat er in erster Linie nicht militärischer Überlegenheit zu verdanken, sondern dem Chaos, das im Bürgerkriegsstaat Syrien herrscht und der tiefen Zerrissenheit zwischen den Religionsgruppen im Irak. Einer Militäroperation westlicher Staaten hätte der IS nichts entgegenzusetzen, innerhalb weniger Wochen wären die direkten Kriegshandlungen beendet und die vom IS besetzten Gebiete zurückerobert.

Es ist nicht nur die Grausamkeit, die die Welt verpflichtet, der Terrororganisation IS den Garaus zu machen. Egal, ob die Anschläge von Paris, auf Charlie Hebdo oder das Attentat auf eine russische Passagiermaschine mit über 200 Toten: Terroranschläge gerade gegen nicht-arabische Zivilisten häufen sich und immer öfter scheinen die Terroristen auch mitten in westlichen Ländern Erfolg zu haben. Die Attentäter dieser Anschläge beriefen sich auf den IS und haben in seinem Namen

gehandelt. Es scheint so, als ob allein das Vorhandensein des IS Extremisten in aller Welt beflügelt. Die Vision der Existenz eines Staates, in dem allein der Steinzeitislam alle Macht auf sich vereint, scheint wie eine Legitimationsbasis für all jene zu sein, die die Grenze zur Gewaltbereitschaft schon überschritten haben. Den IS gewähren zu lassen, wird also mehr und nicht weniger Terror nach sich ziehen. So viel zu dem Einwand, dass ein Eingreifen am Ende mehr Muslime zum Terror treibt und so die Gefahr von Anschlägen erhöht. Das endgültige Tilgen des IS von der Landkarte könnte potentielle Gewalttäter langfristig davon abbringen, ihre Wünsche von einer totalitären Theokratie zu gewalttätiger Realität werden zu lassen. Es ist unbestreitbar, dass der IS den Vernichtungskrieg zur Erreichung seiner Ziele niemals freiwillig aufgeben wird. Ist es dann nicht wichtiger, ihn zu stoppen als über möglicherweise negative Folgen eines Einsatzes nachzudenken? Etwas Schlimmeres als der IS selbst ist kaum vorstellbar.

Bleibt nur die Frage, was nach einer solchen Operation kommt. Die Gründe für das Chaos bestehen nach wie vor, ein Einsatz muss eingebettet sein in eine Folgestrategie. Ein zentraler Bestandteil einer solchen Strategie ist, wer nach der Rückeroberung der Gebiete die Kontrolle übernimmt. Das Ziel einer Militärkoalition sollte es lediglich sein, den IS zu schlagen, der Menschen nur aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Herkunft ausradiert. Die Kontrolle über die Gebiete sollte jedoch so schnell wie möglich in die Hände einheimischer Kräfte gelegt werden. Das würde den Staaten der Militärkoalition auch erlauben, sich so schnell wie möglich wieder aus dem Konfliktgebiet zurückzuziehen. So wird vermieden, schon wieder in langwierige und gefährliche Missionen wie im Irak und in Afghanistan zu geraten, die am Ende doch als Besatzungszeiten interpretiert werden und Feindseligkeiten hervorrufen könnten. Ein weiterer, zentraler Punkt ist die Aussöhnung und Verständigung von Sunniten und Schiiten im Irak, der die Ausbreitung des IS erst möglich gemacht hat sowie eine Beendigung des Syrienkrieges und einer stabilen Kräfteverteilung zwischen den syrischen Kriegsparteien. Sollten für diese Probleme jedoch Lösungen gefunden werden, so muss die Zeit des Wegschauens enden und die Welt von diesem Makel befreit werden. *fk*



Irak, Afghanistan - soll wieder ein Bodenkrieg geführt werden?

Contra EINSATZ GEGEN DEN IS

„Deutschland [steht] fest an der Seite der Vereinigten Staaten [...], und [übt] uneingeschränkt, ich betone das, uneingeschränkte Solidarität.“, rief Bundeskanzler Gerhard Schröder nach den Attentaten des 11. September 2001 den Amerikanern zu. Die sogenannte „Operation Enduring Freedom“ sollte rund 68.000 Menschen ihr Leben kosten – in den letzten sechs Jahren starben allein 18.000 Zivilisten. Heute stehen wir in Solidarität an der Seite Frankreichs.

Im Moment des Schreckens, des Unverständnisses und auch der Angst, den die westliche Gesellschaft sowohl nach den Anschlügen des 11. September als auch nach dem Attentat von Paris durchlebte, ist die erste Forderung immer die einer harten Reaktion: Das Grauen, das einige Wenige angerichtet haben, soll nicht ungesühnt bleiben. Es steht außer Frage, dass auf das Attentat reagiert werden muss, die Frage ist nur: Wie sollen wir handeln? Dabei ist es notwendig, ein klares Ziel zu haben und sich bewusst zu machen, welche Schäden und Kosten durch den gewählten Weg entstehen. Unser Ziel ist nicht die Rache für das angerichtete Leid; Ziel ist es, die Terrororganisation des sogenannten Islamischen Staates zu schwächen. Kann dies durch ein verstärktes militärisches Engagement in Syrien gelingen?

Seit 2011 herrscht Bürgerkrieg in Syrien. Die Lage war und ist unübersichtlich. Baschar al-Assad bekämpft seine Bevölkerung, unterstützt vom Iran und Russland. Sie kämpfen gegen die Freie Syrische Armee, dem militärischen Arm der Opposition, finanziert und unterstützt von Saudi-Arabien, sowie einigen westlichen Staaten. Dazwischen agieren Al-Qaida und der Islamische Staat, die bereits weite Landesteile besetzen konnten. Sie stoßen in die Lücke, die der Zerfall eines Staates ihnen bietet. Dazu kommen die Turkmenen, die an der türkischen Grenze agieren, Kurden und wahrscheinlich auch die Türkei selber – eine völlig unübersichtliche Lage. Der Islamische Staat breitet sich dort aus, wo die Staatlichkeit durch Irakkrieg und den Syrienkonflikt verschwunden ist. Im Irak selber werden die Terroristen immer weiter zurückgedrängt, weil es noch einen irakischen Staat gibt, der die zurückeroberten Gebiete kontrollieren kann. Nur wer soll das in Syrien übernehmen? Assad, der Fassbomben auf Zivilisten wirft, oder die syrische Opposition, in der es islamistisch-terroristische Strömungen gibt?

Ein militärisches Eingreifen kann nur gelingen, wenn feststeht, was danach folgen soll. Beschränken wir uns auf kriegerische Mittel, wird der IS aus Syrien nicht zu vertreiben sein, sondern wird zurückkommen, solange es keinen Staatsapparat gibt, der das verhindert.

Wer mit kriegerischen Mitteln den IS besiegen will, muss sich dabei vor allem im Klaren sein, welches Grauen und welche Qual diese anrichten. Im Afghanistan- und Irakkrieg sowie in Pakistan starben mehr als 1,3 Millionen Menschen im Kampf gegen den Terrorismus; eine Zahl, die alles Vorstellbare übersteigt. Und erfasst sind nur die Opfer, die registriert werden konnten; die Dunkelziffer wird deutlich höher sein. Häufig

trifft es die Zivilisten, die sich nicht schützen können, und das Leid der Angehörigen treibt diese nicht selten in die Hände von Radikalen.

Wer einen militärischen Einsatz fordert, darf nie vergessen, dass die Opfer nicht nur die Terroristen, sondern häufig eben Zivilisten sind – der Luftangriff auf den Tanklaster in Kunduz 2009 ist nur ein Beispiel unter vielen. Einen gezielten Luftkrieg gegen Terroristen gibt es nicht. Die Zahl der zivilen Opfer ist in einem solchen Kampf immens: Eine Gruppe, die asymmetrisch kämpft, die sich in und an Schulen und Krankenhäusern versteckt, kann nicht durch einen Luftkrieg besiegt werden. Wer Luftschläge gegen Terroristen anordnet, trifft nie nur diese. Neben dieser immensen Zahl an Toten kommen die finanziellen Kosten dieser Kriege. Nur für den Afghanistan- und den Irakkrieg haben allein die USA vier Billionen Dollar ausgegeben. Dazu kommt, dass es keine juristische Grundlage für diesen Einsatz gibt - kein NATO- oder UN-Mandat, keine Unterstützungsbitte aus Syrien. Sind wir bereit, im Kampf gegen den Terror eines unser Grundprinzipien aufzugeben?

Es steht außer Frage, dass der IS bekämpft werden muss – wahrscheinlich wird dies auch nicht ohne Waffengewalt funktionieren. Doch ein unstrukturierter Einsatz ohne klare Zielvorstellung macht den IS nur zeitweilig schwächer. Als Gesellschaft müssen wir uns auch fragen, warum sowohl die Terroristen des 11. September als auch die von Paris Menschen aus der Mitte Europas sind. Die meisten lebten lange Zeit in Deutschland, Belgien oder Frankreich. Warum können junge Männer, die mit uns zusammenleben, sich so radikalieren? Es ist eine der wichtigsten Aufgaben, dass wir keine Parallelgesellschaften in Europa entstehen lassen – Integration darf nicht nur gefordert, sondern muss immer auch gefördert werden. Um den IS zu besiegen, ist es notwendig, seine Finanzströme trocken zu legen. Wir müssen unsere Position zu Saudi-Arabien, das mit seinem Wahhabismus die Region selbst destabilisiert, überdenken, insbesondere solange auch aus Saudi-Arabien der IS unterstützt wird. Deutschland muss seine Waffenexporte in Krisengebiete reduzieren, denn häufig helfen diese nicht bei der Lösung des Konfliktes, sondern befeuern diesen erst recht. Zuletzt müssen wir Europäer uns überlegen, wie wir jungen Menschen auf der arabischen Halbinsel und in Nordafrika eine Perspektive geben können. An der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Misere haben gerade wir Europäer durch Kolonialherrschaft und Kriege einen großen Anteil. Bekämpfen wir die grassierende Armut, entziehen wir den Terroristen ihre Grundlage, auf der sie Menschen für sich gewinnen können.

„Eine militärische Lösung wird es in Syrien niemals geben“ - dies waren die Worte des Pressesprechers des Auswärtigen Amtes vor einigen Wochen. Eine militärische Lösung gibt es auch heute nicht. Solange wir nicht wissen, was auf einen Luftschlag folgen soll, solange wir nicht wissen, ob wir eine neue Regierung mit oder ohne Assad unterstützen wollen und solange die Regionalmächte Iran und Saudi-Arabien auf syrischem Boden Stellvertreterkriege kämpfen, wird der IS aus Syrien nicht zu vertreiben sein. *md*

NEUE ABGEORDNETE FÜR KIEL

Wir sind die Zukunft und wir sind die Tat

Im Sommer 2016 werden die SPD-Direktkandidaten für die Landtagswahlkreise und etwas später auch für den Bundestagswahlkreis innerparteilich nominiert. Da bereits bekannt ist, dass viele der bisherigen Mandatsträger nicht noch einmal antreten werden, bietet sich eine gute Gelegenheit für die Kieler Partei, sich neu aufzustellen und prägende Charaktere für die künftige politische Arbeit auszuwählen.

In einer repräsentativen Demokratie ist die Aufstellung der Mandatsträger ähnlich wichtig wie die Formulierung von Programmen. Ohne Personen, die in der Lage sind, Programme umzusetzen, Probleme zu erkennen und Politik zu vermitteln, können die besten Ideen niemanden erreichen und kann keine Forderung zur Realität werden. Die Auswahl der Vertreter muss also sorgfältig und bedacht sein. Dabei hat sicherlich jeder eigene Vorstellungen, wie ideale Abgeordnete aussehen. Manche werden vor allem nach Sympathie und Auftreten entscheiden, andere wünschen sich eine gute Kommunikationsfähigkeit und Auffassungsgabe. Einige legen den Schwerpunkt auf die Arbeit im Parlament, anderen ist die im Wahlkreis wichtiger. Die Kombinationen ließen sich fast unbegrenzt erweitern. Was alle verbindet, ist der Blick auf den einzelnen Bewerber oder Abgeordneten.

In einer Stadt wie Kiel, die mit insgesamt vier Wahlkreisen für Landtag und Bundestag ausgestattet ist, kommen aber noch weitere Kriterien für die Auswahl hinzu. Vier Abgeordnete, die Stadt und Partei in den nächsten Jahren prägen, sollen vielfältig sein. Vielfalt bringt mehr Blickwinkel, Vielfalt macht attraktiver. Folglich muss die Entscheidung im Wahlkreis immer auch im Kontext aller Wahlkreise getroffen werden.

„Weil es 2015 ist!“, antwortete kürzlich der kanadische Premierminister auf die Frage, warum in seinem Kabinett gleich viele Frauen und Männer vertreten seien. Wer Gleichberechtigung, wozu auch das Innehaben von Führungspositionen gehört, fordert, muss sie auch fördern. Gerade die Sozialdemokratie war immer auch eine emanzipatorische Bewegung und sollte diesem Anspruch auch heute gerecht werden. Von daher wird schnell klar, dass vier Wahlkreise auch von zwei Frauen vertreten werden müssen. Zusätzlich macht dies die Partei für jüngere Wähler attraktiver.

Starke Jusos sind wichtig für eine erfolgreiche SPD. Als progressive Partei können wir nur dann gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Positionen erringen, wenn unsere Politik auch von den Forderungen der jungen Generationen geprägt ist. Neben einer engen Einbindung der Jusos in die Entwicklung der Partei ist daher eine stärkere Berücksichtigung von Jusos bei Nominierungen für öffentliche Ämter dringend notwendig. Gerade in

einer Stadt mit vielen Studierenden sollte der Vorteil genutzt werden, bei mehreren Mandaten auch Personen unterschiedlichen Alters als Vertreter entsenden zu können. Denn natürlich werden junge Menschen von jüngeren, vielleicht weiblichen Kandidaten eher angesprochen, als von einer scheinbar nur die Namen wechselnden Reihe 50-Jähriger Männer. Aber auch andere honorieren Abwechslung und Aufbruch.

Jusos verschiedener Generationen haben immer wieder mit guten Ideen und neuen Debatten die Partei und die Gesellschaft vorangebracht, wie der Forderung nach dem Aus der Atomkraft und der Ausweitung politischer Bildung in der Schule. Diese Innovationskraft sollte auch direkt in Parlamente hineinstrahlen.



Parlamente sollten Spiegelbild der Gesellschaft sein.

Nebenbei kann damit auch eine erfolgreiche Tradition aufrecht erhalten werden. So waren die beiden langjährigen Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel und Hans-Peter Bartels bei ihrer ersten Wahl Mitte Dreißig und bei den Kieler Jusos fest verwurzelt. Sie haben Stadt und Partei über Jahrzehnte geprägt, waren allgemein anerkannt und haben stets vortreffliche Wahlergebnisse erzielt. Gelegentlich wird das Argument ins Spiel gebracht, junge Leute sollten erst einmal ein bisschen Lebenserfahrung sammeln, bevor sie ins Parlament kommen. Das Gegenteil ist richtig, gerade die Mischung aus spezifischen Erfahrungen einer jüngeren Generation und aus neuen Denkweisen jenseits längerer Lebenswege ist wichtig für ein gut funktionierendes Parlament, das die ganze Gesellschaft repräsentiert.

In der inoffiziellen Hymne der Kieler Jusos heißt es: „Wir sind die Zukunft und wir sind die Tat“. Jusos können nicht nur in der Zukunft Verantwortung übernehmen, sondern schon heute verantwortlich (und verantwortungsvoll) tätig sein. Wer statt der „Liga der älteren Gentlemen“ ein vielfältiges Personalangebot macht, wird breite Bevölkerungsschichten erreichen und sowohl von seinen Kandidaten als auch von seinen Inhalten überzeugen können. Diesen Weg muss die Kieler SPD gehen, um auch in den kommenden Jahren diese Stadt in den Parlamenten zu vertreten und entscheidend an der Gestaltung ihrer Zukunft mitzuwirken.

cbe

Neben den Vorstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten in den Ortsvereinen wollen wir als Jusos Kiel die spezifische Sicht junger Menschen mit ins Spiel bringen. Wir treffen uns daher im Vorfeld der Nominierungsversammlungen mit allen Bewerberinnen und Bewerbern und entscheiden dann, wen wir unterstützen. Als Mitglied der Jusos Kiel kannst Du also Einfluss nehmen auf die Auswahl der zukünftigen Mandatsträger! Mehr Infos zum Verfahren unter www.jusos-kiel.de/kandidatenauswahl.

POLITIK MIT ALLEN FÜR ALLE!

Die SPD Kieler Mitte auf dem Weg zu einem inklusiven Ortsverein

Spätestens seit Inkrafttreten des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (kurz: BRK) im Jahr 2006 ist „die Inklusion“ vielen ein Begriff. Verbunden wird damit meist die schulische Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung. Inklusion bedeutet aber, dass es Möglichkeiten der Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen gibt – auch in der Politik. In Kiel hat sich daher ein SPD-Ortsverein auf den Weg gemacht, dies auch umzusetzen.

In der Politik werden Menschen mit Behinderung gerne als „Expertinnen und Experten in eigener Sache“ beispielsweise zur Umsetzung eben der schulischen Inklusion oder räumlicher Barrierefreiheit einbezogen. Auch haben sie die Möglichkeit, sich in speziell auf Menschen mit Behinderung ausgerichteten Gremien, wie zum Beispiel dem Beirat für Menschen mit Behinderung, einzubringen. Diese Angebote und Veranstaltungen sind wertvoll und wichtig. Wichtig ist jedoch auch, dass diejenigen, die vollumfänglich teilhaben wollen, die Möglichkeit dazu bekommen. Wie die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der politischen Arbeit eines Ortsvereins umgesetzt werden kann, ist bislang allerdings unklar. Im Sommer diesen Jahres hat der Ortsverein Kieler Mitte dem Antrag von Benjamin Raschke und mir zugestimmt, ein inklusiver Ortsverein zu werden. Gefördert wird das Projekt vom SPD Innovationsfond.

Was ist eigentlich Inklusion?

Die rechtliche Grundlage für das Leben in einer inklusiven Gesellschaft bildet die BRK. Dort heißt es in Artikel 29 zur Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben „[...] dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können, [...] was auch das Recht und die Möglichkeit einschließt, zu wählen und gewählt zu werden“. Inklusion ist jedoch mehr als ein Wort in der BRK. Inklusion meint auch das Selbstverständnis einer / eines jeden, dass Menschen mit Behinderung das gleiche Recht auf Teilhabe am Leben in einer Gemeinschaft haben wie Menschen ohne Behinderung. Durch Behinderung entsteht kein Unterschied. Dieser Gedanke ist auch tragend für die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Ortsverein. Alle sollen und können politisch mitarbeiten und erhalten Unterstützung da, wo es notwendig ist. Egal, ob mit oder ohne Behinderung. Barrierefreiheit ist dabei zentral, um Teilhabe zu ermöglichen.

Wie ein Ortsverein inklusiv wird

Als inklusiver Ortsverein will die SPD Kieler Mitte Menschen mit Behinderung umfassend in die politische Arbeit einbinden und damit ein Vorbild für andere sein – in der SPD, aber auch darüber hinaus in anderen Parteien. Im Ortsverein sollen alle selbst entscheiden, welche Themen für sie interessant sind.

Gestartet ist das Projekt Inklusiver Ortsverein mit der Veranstaltung „Politik mit allen für alle!“ Anfang Dezember, die von

Ulrich Hase, dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, und Peter Hansen von der AG Selbstaktiv der Landes-SPD unterstützt wurde. Es nahmen 25 Personen teil, von denen die Hälfte eine Behinderung hatte, sodass wir gemeinsam und aus unterschiedlicher Perspektive darüber sprechen konnten, wie Inklusion und Politik zusammenpassen und was Menschen mit Behinderung benötigen, um politisch aktiv zu werden. Deutlich wurde dabei, dass sich die Strukturen der politischen Arbeit zwar teilweise ändern müssen, dies aber zum Vorteil aller sein könnte. In Arbeitsgruppen wurden bereits einige Verbesserungsvorschläge erarbeitet: Einigkeit bestand darin, dass Sitzungen in barrierefreien Räumen stattfinden müssen. Diese müssen für Menschen im Rollstuhl oder mit einer Gehbehinderung gut erreichbar sein, aber auch hell genug, damit Menschen mit Sehbehinderung sich besser orientieren können und auch Menschen mit Hörbehinderung alle Beteiligten gut sehen. Menschen mit Hörbehinderung benötigen außerdem Gebärdensprachdolmetscherinnen oder -dolmetscher, um umfassend teilhaben zu können. Viele haben sich außerdem mehr Pausen in Sitzungen gewünscht. Pausen zum „Durchatmen“ und Pausen, um Texte zu lesen, die in der Sitzung verteilt werden. Denn für viele stellt gleichzeitiges Lesen und Zuhören eine Herausforderung dar. Angeregt wurde auch, dass Materialien für Sitzungen, zum Beispiel Texte oder Anträge, rechtzeitig vorab verschickt werden. So könnten sich alle in ihrem Tempo und in Ruhe auf die Sitzungen vorbereiten. Ein Verbesserungsvorschlag ist auch, dass Texte, Anträge und Redebeiträge in einfacher Sprache geschrieben oder gehalten werden. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben an, dass sie dies benötigen, um besser teilhaben zu können. Von all diesen Verbesserungsvorschlägen würden mit Sicherheit nicht nur Menschen mit Behinderung profitieren. Die politische Arbeit barrierefrei zu gestalten, ist zwar die Aufgabe aller. Trotzdem scheint es sinnvoll, dass es in Ortsvereinen eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner für Menschen mit Behinderung gibt, an die / den sich Interessierte wenden können.

Aus den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung sowie anderen Interessierten bildet sich nun eine Projektgruppe aus Menschen mit und ohne Behinderung. Diese wird in den kommenden Monaten ein Inklusionskonzept für den Ortsverein Kieler Mitte erarbeiten, welches dann auf einer Mitgliederversammlung verabschiedet werden soll. Mit dem Projekt Inklusiver Ortsverein wollen wir deutlich machen, dass Politik offen ist für alle Menschen. Nur wenn wir allen die Möglichkeit geben, mitzugestalten, kann eine Politik von allen für alle entstehen.

Anna-Lena Walczak



Bei Fragen zum Projekt:
kieler-mitte@spd-inklusive.de

WIR MÜSSEN REDEN!

Sucht im Studium

Hirndoping bis hin zum Medikamentenmissbrauch, psychische Belastungen wegen Leistungsdruck und vielerlei Stressfaktoren – die sozialpolitischen Fragen rund um das Studium werden zuletzt immer intensiver diskutiert. Obwohl in den Beratungen auch immer öfter Suchtprobleme von Studierenden thematisiert werden, wird dies öffentlich kaum diskutiert. Dabei könnten ein offener, unaufgeregter Umgang und ein vielfältiges Unterstützungsangebot eine wichtige Hilfe sein.

In einer 2012 erschienenen Befragung unter knapp 8000 Studierenden bundesweit wurde erstmals auf Grundlage von belastbaren Daten deutlich, dass Hirndoping und Medikamentenmissbrauch von fünf bis zehn Prozent der Studierenden betrieben werden, ein hoher Anteil in diesem Alter. Als Hauptursachen wurden Leistungsdruck und Stress genannt. Die Abhängigkeit, die durch den schädlichen Gebrauch von Medikamenten entstehen kann, ist dabei eine Form von Suchterkrankungen im Studium. Wesentlich häufiger ist die klassische Drogenabhängigkeit von Alkohol, Tabak oder auch Cannabis, Kokain usw. Auch „nichtstoffliche Abhängigkeiten“ wie Spielsucht oder Medienabhängigkeit zählen hierzu.

Wurde die Wissenslücke hinsichtlich Medikamentenmissbrauch und Hirndoping nun ein Stück weit geschlossen, liegen weiterhin kaum Zahlen vor, wie es um Drogenabhängigkeit und nichtstoffliche Abhängigkeiten bei den Studierenden bestellt ist. Die bundesweiten Erfahrungen aus Beratungsstellen für Studierende bzw. für Suchtkranke und eine nicht-repräsentative Befragung an der Universität Kiel zeigen allerdings eine Tendenz: Der Alkoholkonsum ist weit überdurchschnittlich und besonders Studentinnen trinken deutlich mehr als Gleichaltrige. Ca. 90 Prozent gaben an, innerhalb eines Monats Alkohol zu trinken – was allerdings ein gängiger Wert ist. Bedenklich war jedoch der hohe Anteil an Rauschtrinken (Binge-Drinking). 2/3 der Befragten gaben an, dies mindestens einmal im Monat zu machen. Studenten lagen mit 64 Prozent gegenüber 53 Prozent schon über dem Durchschnitt der Gleichaltrigen, bei Studentinnen waren es mit 67 Prozent fast doppelt so viele wie gleichaltrige Frauen (35 Prozent). Während der Alkoholkonsum insgesamt relativ hoch ist, liegt der Anteil an Raucherinnen und Rauchern unter den Studierenden mit 18 Prozent deutlich unter der Vergleichsgruppe Gleichaltriger (ca. 43 Prozent). Einen Konsum von Cannabis innerhalb des letzten Jahres gaben mit 24 Prozent jedoch mehr als doppelt so viele Studentinnen an als gleichaltrige Frauen (elf Prozent), während der Konsum bei Studenten mit 27 Prozent deutlich höher, aber auch eher am Durchschnitt (21 Prozent) orientiert ist.

Fragt man nach den Gründen für übermäßigen Drogenkonsum, wird am häufigsten Erlebnisorientierung (Party, Spaß, Geschmack) angegeben. Allerdings nannten in der Umfrage unter Kieler Studierenden auch 41 Prozent Entspannung und zehn Prozent Stress als Motivation – ein Hinweis auf ähnliche

Ursachen wie beim Medikamentenmissbrauch und übereinstimmend mit den Erfahrungen aus den psychologischen Beratungsstellen für Studierende. So geht man mittlerweile davon aus, dass ein Drittel der Studierenden unter mindestens einer stark ausgeprägten psychischen Belastung leidet, mit einem hohen Anteil an Depressivität.

Ob tatsächlich der steigende Leistungsdruck und Stress bei Studierenden negative Auswirkungen darauf haben, ob Drogen noch in einem kontrollierbaren Maß konsumiert werden, sollte endlich intensiver untersucht werden. Gleichzeitig stellt sich die sozialpolitische Frage, wie auf die genannten Phänomene reagiert werden kann. Sind Hochschulen die richtigen Orte für Suchtprävention? Schließlich gilt in den Augen vieler das Studium als Lebensphase, in der das Experimentieren mit Drogen normal sei. Jede noch so progressive Debatte steht daher vor dem Dilemma, diese Normalität zu durchbrechen und in einem dem Drogenkonsum mehrheitlich sehr positiv gegenüberstehenden Milieu auf die möglichen negativen Folgen aufmerksam zu machen: Zwar gibt es jene, die tatsächlich ohne spätere Probleme Drogen konsumieren, aber den anderen muss rechtzeitig geholfen werden, bevor die Schäden der körperlichen oder psychischen Gesundheit irreparabel werden.



Der schmale Grat zwischen Spaß und Sucht.

Das Thema sollte angesichts der alarmierenden Zahlen zumindest aus der Tabuzone geholt und offen diskutiert werden. Wenn aus den allgemeinen Suchtberatungen der steigende Anteil an Studierenden gemeldet wird, sollte in den Hochschulen die Debatte darüber geführt werden, wie darauf reagiert wird. Wie können Ursachen identifiziert und beseitigt werden? Und wie können Hilfen in Form von niedrigschwelliger Beratung oder Therapie bekannt gemacht werden? Erste Versuche mit Online-Selbsttests und anonymen Beratungen gibt es bereits.

Erfolgsversprechend könnte auch sein, diejenigen zu sensibilisieren und ihnen Beratungen anzubieten, die zum sozialen Umfeld von Suchterkrankten gehören. Wenn zum Beispiel der Verdacht besteht, die Mitbewohnerin aus der WG könnte suchgefährdet sein, kann für die anderen eine Beratung hilfreich sein: Kann man die Betroffene dabei unterstützen, von selbst eine Beratung aufzusuchen? Und wie vermeidet man suchtförderndes Verhalten bis hin zur Co-Abhängigkeit? Achtsamkeit und ein aufgeklärter Umgang mit den eigenen Grenzen und denen der anderen können Suchterkrankungen wohl eher verhindern als Verbote und Strafandrohungen. *br*

GELBER SCHEIN, MUSS NICHT SEIN!

Studentische Mitbestimmung an der Kieler FH

Als Ersti an der Fachhochschule Kiel fallen einem zu Beginn seine Studiums viele positive Dinge auf, aber es gibt auch so einiges zu verbessern. Es existiert an der FH zum Beispiel eine einzigartige Fährverbindung. Trotzdem sind die Busse regelmäßig so stark überfüllt, dass Studentinnen und Studenten an den Haltestellen stehen bleiben müssen. Das kann genau so zum Positiven verändert werden, wie das akute Wohnraumproblem im gesamten Kieler Stadtgebiet. Ebenfalls gibt es viele Ansatzpunkte, das Leben auf dem Campus attraktiver zu gestalten und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Doch wie ist es möglich, diese und viele andere Dinge gemeinsam anzustoßen? Geplant ist die Gründung einer Juso-Hochschulgruppe, um sich regelmäßig auszutauschen, gemeinsam an Ideen zu arbeiten und diese an der FH Kiel umzusetzen.

Man kann die eigene Hochschule aktiv mitgestalten. Doch es fehlt zur Zeit vor allem an einer geeigneten politischen Hochschulgruppe, welche die verschiedenen Themen anspricht. Dabei hat man insbesondere bei der letzten Vollversammlung im Oktober 2015 bemerkt, dass die Bereitschaft zum Engagement an der Kieler FH besteht: Auf einmal klebten überall Plakate und Hinweisschilder, es wurden Infomails verschickt und es entstand ein Gefühl von politischer Aktivität an der Fachhochschule. Überall war der Slogan „Gelber Schein, muss nicht sein“ zu lesen, mit dem die geplante Einführung einer zusätzlichen Attestpflicht kritisiert wurde. Alle waren von der hohen und intensiven Beteiligung sehr positiv überrascht. Es haben mehr als 15 Prozent der immatrikulierten Personen abgestimmt. Das ist im Vergleich zur letzten Wahlbeteiligung fast eine Verdopplung und zeigt somit das Interesse vieler Studierenden, an der FH aktiv mitzubestimmen. Obgleich das eigentlich immer noch zu wenig ist, wenn man bedenkt, dass die Änderung der Prüfungsverfahrensordnung (PVO) einen wesentlichen Einschnitt in das Studierendenleben darstellt. Worum ging es überhaupt?

In der PVO sind alle Vorschriften über den Prüfungsverlauf sowie die An- und Abmeldung niedergeschrieben. Die Fachhochschule Kiel möchte mit dem Änderungsverfahren bewirken, dass aus den verschiedenen Prüfungsordnungen der einzelnen Fachbereiche eine einheitliche PVO hervorgeht. Auf der Vollversammlung wurden vor allem die kritischen Änderungen vorgestellt. Neben der möglichen Attestpflicht bei Klausuren, die wohl vom Tisch ist, soll bei mündlichen Prüfung ein zusätzliches Formular eingeführt werden, welches vom Arzt ausgefüllt werden muss. Vor dem Hintergrund der Interdisziplinarität sollen „nicht-fachaffine Lehrveranstaltungen“ im Umfang von mindestens 10 CPs in alle Studiengänge integriert werden. Ob dafür extra Platz in dem entsprechenden Curriculum geschaffen wird, ist noch unklar.

Die Ergebnisse der Abstimmung waren in vielen Punkten eindeutig. Die Studierenden sprachen sich gegen die Attestpflicht bei Klausuren aus, nicht bestandene Klausuren sollen verbes-

sert werden können, zwei Wiederholungsversuche werden für angemessen erachtet und auch das Zusatzformular bei krankheitsbedingtem Fehlen wurde deutlich abgelehnt. Wie das Verfahren der Änderung nun weiter geht und was die Studierenden nun tatsächlich erwartet, steht noch nicht fest. Was allerdings feststeht, ist, dass dieser Prozess noch lange nicht abgeschlossen ist und man weiterhin an der Verbesserung der Studiengänge an der FH mitarbeiten kann. Das gilt nicht nur für das PVO Änderungsverfahren, sondern auch für alle zukünftigen Themen.



Das Interesse bei der Vollversammlung Ende Oktober war riesig. Ab dem kommenden Semester wird es eine Juso-Hochschulgruppe an der FH geben, die sich für die Interessen der Studierenden stark machen will.

Mehr Mitbestimmung, eine intensivere Verkehrsanbindung an die FH Kiel oder die bessere Anerkennung einer beruflichen Ausbildung sind nur einige Möglichkeiten. Dafür sind die Ideen aller Studentinnen und Studenten gefragt, denn jeder hat an seiner Hochschule ein Recht auf Mitbestimmung. Von diesem Recht sollten die Studierenden an der FH Kiel stärker Gebrauch machen, um zu zeigen, dass man die Hochschule wirklich mitgestalten will.

Damit man allerdings immer auf dem Laufenden bleibt und ständig etwas ändern kann, bedarf es der regelmäßigen politischen Beteiligung in Form von aktiver Hochschulpolitik. Dazu benötigen wir an der Fachhochschule eine Juso-Hochschulgruppe, um über die Interessen und Belange diskutieren zu können und das ohne, dass die Ideen sofort ausgereift sein müssen. Es geht vor allem darum, dass man die Themen gemeinsam vertieft und in die Öffentlichkeit bringt. Eine politische Hochschulgruppe hat den Vorteil, sich über alle Themen in Hochschule und Stadt auszutauschen zu können, während z.B. die Fachschaften vor allem auf ihren Bereich beschränkt sind. Daher wird zum Start des Sommersemesters 2016 die „Förde Juso-Hochschulgruppe“ an der FH Kiel ins Leben gerufen, welche genau für die genannten Themen genutzt werden soll. Wenn ihr schon jetzt Ideen habt oder an der Entstehung und Gründung mitwirken wollt, wendet Euch direkt an mich, Philip Schüller. Ihr erreicht mich unter philip@jusos-kiel.de.



GLASNOT

DEM SPD-KREISVORSTAND VORGESCHLAGEN

Bereits 2010 verhalf *Rotkielchen* dem SPD-Landesvorstand dazu, seine Arbeitsabläufe effizient zu gestalten. Ob der zahlreichen Projekte, die im SPD-Kreisverband momentan gleichzeitig angestoßen werden, kann *Rotkielchen* die enorme Arbeitsbelastung jedes einzelnen Vorstandsmitgliedes nur erahnen. Daher schlägt *Rotkielchen* auch dem Kreisvorstand vor, auf das bewährte Prinzip des standardisierten Protokollverfahrens zurückzugreifen. Zum Ausschneiden und Einkleben hier abgedruckt:

Tag der Sitzung: Dienstag, den __ . __ . 2016

Ort: Legienhof, Kiel

Beginn der Sitzung: 19.36 Uhr

Anwesend: siehe Liste

Yves eröffnet die Sitzung, indem er eine SMS von Jürgen verliest, in der dieser ankündigt, eine halbe Stunde später zu erscheinen.

Canan hört zum ersten Mal, dass Jürgen Mitglied des Kreisvorstandes ist.

Amin teilt mit, dass er weiß, was Ralf Stegner will.

Andreas legt Version 10.3.2 der „Konzeption zur Durchführung einer Schulungsmaßnahme für Neumitglieder der SPD Kiel“ vor.

Antje beschwert sich, dass sie zuvor nicht einmal Version 10.3.1 erhalten habe und deshalb nun mit der Situation völlig überfordert sei.

Kathrins Handy vibriert.

Bernd Heinemann, MdL weist darauf hin, dass er Landtagsvizepräsident ist.

Amin findet, dass die Landesregierung einen guten Job macht.

Kathrin bittet darum, *Andreas* Ausarbeitung dem Kreisausschuss zur Kenntnis zu geben.

Yves hat vergessen, seinen Facebook-Status zu aktualisieren und verlässt den Raum, um ein Foto von der Eingangstür des Legienhofs zu schießen. Hach <3.

Melanie lässt mitteilen, dass sie es nicht zur Sitzung schafft. Ein erster Entwurf des Mitgliederbriefs werde aber bald vorliegen.

Antje hat zwar keinen Kassenbericht vorbereitet, meint aber, dass der Kreisverband sparen müsse.

Jürgen erscheint mit 45-minütiger Verspätung und übernimmt die Sitzungsleitung.

Peter möchte einige grundlegende Überlegungen zur Bildungspolitik kundtun.

Jürgen stellt nach kurzem Blick auf die Tagesordnung fest, dass sämtliche Tagesordnungspunkte auf die nächste Sitzung verschoben werden können.

Yves postet auf Facebook: „Heute wieder produktive Sitzung. Toller Laden!“

Schluss der Sitzung um 20:22 Uhr.